



Wittekindstraße 31
50937 Köln
Mobil: +49 171 362 16 97
Fax: +49 221 420 06 41
wolf-georg.rohde@wgr-beratung.de
www.wgr-beratung.de
USt-ID-Nr. DE351159001

Köln, 04.02.2025

WGR-Aktuell Februar 2025

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in drei Wochen wissen wir, welchen Ausgang die Bundestagswahl genommen hat. Möglicherweise wird es dann noch eine Weile dauern, bis wir wissen, wer mit wem sich an einer neuen Regierung versucht. Wird es dann den großen Aufschwung geben?

Der Vorteil der kurzen Zeit des Wahlkampfs besteht darin, dass man sich nicht allzu lange mit den Versprechungen der Parteien beschäftigen muss. Alle wollen Deutschland nach vorne bringen, die Wirtschaft stärken, Migration begrenzen und soziale Besitzstände, insbesondere die Renten sichern. Wie selbstverständlich wollen die Parteien der Mitte einen Paradigmenwechsel und das, obwohl sie als Regierende sowohl in der Zeit der Ampel als auch der Merkel-Ära eher dem heiligen Gral des konservativen „Weiter so“ verfallen waren.

Die Erfolge der letzten 10 Jahre bestanden im Wesentlichen nicht aus grundlegenden Reformen, sondern aus dem Ausbau der Sozialleistungen und den Regulationen mit Bürokratieaufwand. Die ideologisch geprägte Energiepolitik, das Heizungsgesetz und die Mietpreisbremse hatten eines gemeinsam: Gut gemeint haben sie faktisch das Gegenteil dessen bewirkt, was sie eigentlich sollten. Das Bürgergeld hat nicht zu sozialer Gerechtigkeit geführt, sondern zur Entfremdung zwischen arbeitender Bevölkerung, die sich für sich selbst verantwortlich fühlt, und Nehmerexperten. Das Lieferkettengesetz und die Nachhaltigkeitsberichterstattung nutzen Unternehmen, die sich teure Abteilungen leisten können, die faktisch dem Vorstand für Vertrieb und Marketing unterstellt sind, während der Mittelständler eben nicht mehr in Afrika einkauft.

All das war wohlgerne nicht allein rot-grüne Gutmenschenpolitik, bei denen Leistungsträger Opfer wurden, sondern auch ein Ergebnis schwarzer Politik und

bisweilen waren überall gelbe Tupper drin, die eigentlich überhaupt nicht zu den Grundsätzen liberaler Politik gehören. Vor der Wahl stellt sich daher die Frage, wie ernsthaft wird eine Partei, wenn sie Teil der Regierung wird, tatsächlich zu strukturellen Reformen bereit sein.

Banale, aber meist unbeachtete Wahrheit ist, dass 1. unser noch vorhandener Wohlstand auf dem Mittelstand beruht und dass 2. alle Staatsausgaben vom Steuerzahler, also Bürgern und Unternehmen aufgebracht werden müssen. Leistungsträger haben sich daran gewöhnt, dass die Hälfte ihres Einkommens für Steuern draufgehen. Jede Partei, die da noch von Umverteilung spricht, ist jedenfalls für Leistungsträger nicht wählbar. Milliarden schwere Subventionen für die Großindustrie? Mr. John Maynard Keynes liegt an sich schon lange genauso auf dem Friedhof der Volkswirtschaftslehre wie der größtenwahnsinnige Gigantismus sozialistischer Planwirtschaft.

Alle Parteien versprechen Bürokratieabbau. Manche vergessen, dass Bürokratieabbau in erster Linie Abbau von Regulation bedeutet. Sind alle wirklich dazu bereit? Oder handelt es sich bei dem Versprechen nur um Lippenbekenntnisse? Wiedergewonnene Freiheit könnte ja in Wildwuchs ausarten, so die zu erwartende Ausrede, wenn zur übernächsten Wahl wiederum Bürokratieabbau versprochen wird.

Bemerkenswert: Keine Partei verspricht eine grundlegende Steuerreform. Das liegt nicht etwa an den Steuerberater-Lobbyisten, im Gegenteil die Bundessteuerberaterkammer hat genau das jüngst bemängelt. Der Bierdeckel als alternative Leitideologie hat ausgedient und das sich selbst ernährende System ständig erweiterbarer Regularien aus politischen Entscheidungen, Detaillierungswahn und Folgen finanzgerichtlicher Streitkultur auf allerhöchstem Niveau wächst nach wie vor so unwiderstehlich wie die Volkswirtschaft in der Wirtschaftswunderzeit. Das Spinnwebgewebe des deutschen Steuerrechts taugt als Leitbild für die Veranschaulichung neuronaler Netzwerke. Die Entwicklung des deutschen Steuerrechts ist so eine Art KI-Vorläufer und funktionierte schon analog ganz gut. Unsereiner wäre ja schon froh, wenn die Restbestände des Solidaritätszuschlags entsorgt würden, bevor es das Verfassungsgericht besorgt.

Die bittersüße Erkenntnis beim Steuerrecht ist, dass es hierzu nicht einmal Versprechen der Parteien gibt. Das hat immerhin den Vorteil, dass wir nicht enttäuscht werden können, wenn dann doch nichts passiert. Wer also die Steuerpläne der Parteien in seine Wahlentscheidung einfließen lässt, kann nur negativ ausgrenzen. Parteien, die Steuererhöhungen fordern, auch wenn diese angeblich nur wenige treffen sollen, sind aus dieser Sicht nicht wählbar, zumal dann, wenn sie Strategie einer mehr oder weniger geforderten Umverteilungspolitik sind. Zumal deren Folgen nicht erklärt werden: Wie beim Heizungsgesetz wird das schief gehen, weil viele Superreichen dorthin gehen werden, wo sie steuerlich willkommen sind. So wie der Verkauf von Wärmepumpen eingebrochen war, steht zu vermuten, dass bei den zu etablierenden sog. Reichensteuern das Gesamtsteueraufkommen eher sinken als steigen wird.

Ein ähnliches Halbtabuthe-ma sind die Renten. Der Bevölkerungsanteil der Rentner steigt jedes Jahr aufgrund der demografischen Entwicklung und macht sie damit für die

Parteien als Wähler interessant. Scholz setzt wie einst der selige Christdemokrat Blüm das nahezu wortgleiche Versprechen, die Renten seien sicher. Wirklich? Wie sieht es mit einer Rentenreform aus? Hat Deutschland da nicht jahrzehntelang alles versäumt mit einer unglaublichen Vogel-Strauß-Politik? Das cash in – cash out Prinzip funktioniert schon lange nicht mehr, nur wird selten darüber geredet. Der Bundeshaushalt 2025 beträgt 477 Mrd. EURO und davon gehen ca. 25%, also 120 Mrd. EURO als Zuschüsse in die Rentenkasse. Das sind immerhin gut 30% der insgesamt für 2025 erwarteten Rentenzahlungen in Höhe von insgesamt 380 Mio. EURO. Mehr als 30% der Renten zahlen nicht Arbeitnehmer und Arbeitgeber als Beiträge zur Rentenversicherung sondern schlicht die Gemeinschaft der Steuerzahler. Was nichts daran ändert, dass die Risiken der Altersarmut der Rentner wachsen, wie jüngst zu lesen war. Es mag sein, dass es keine Patentlösung gibt. Aber ein Beginn z.B. einer Kapitaldeckung wäre ein Ansatz. Und es gehört wohl auch die Wahrheit dazu, dass ggf. Angehörige unterstützen müssen, jedenfalls soweit sie können, weil die Regierungen der letzten 40 Jahre aus wahltaktischen Erwägungen heraus einfach nichts gemacht haben. Und auch jetzt scheinbar auf Nasensicht weiterfahren wollen.

Die fehlenden Perspektiven wichtiger Fragen der zukünftigen Entwicklung sind an sich schon erschreckend. Populistische Parteien sind keine Alternative, weil diese noch weniger Antwortversuche auf dringende Fragen geben.

Denken wir doch unternehmerisch. Wir gehen hin, wählen, schauen, was dabei herauskommt, vergessen die Sprüche von heute, die morgen gestern sind, bringen uns ein. Vielleicht wird aus einer konservativen Regierung eine Fortschrittskoalition mit verlässlichen und vernünftigen Rahmenbedingungen, damit Unternehmertum wieder Spaß macht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam WGR-Aktuell